

Beschlußempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(17. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Klaus Kübler, Friedhelm Julius Beucher,
Siegrun Klemmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/4783 —**

Hilfen zur Stilllegung der RBMK-Reaktoren in Rußland, der Ukraine und Litauen

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich unverzüglich in Verhandlungen mit Rußland, der Ukraine und Litauen intensiv für die schnellstmögliche Stilllegung der RBMK-Reaktoren in diesen Ländern einzusetzen.

B. Lösung

1. Ablehnung des Antrags.
2. Annahme einer EntschlieÙung.

Der Weiterbetrieb von RBMK-Reaktoren in Rußland, der Ukraine und Litauen widerspricht nach einvernehmlicher Auffassung des Deutschen Bundestages deutschen und internationalen Sicherheitsbedenken. Die Ausschußmehrheit war der Auffassung, die Bundesregierung spiele bei den internationalen Bemühungen, eine Stilllegung der RBMK-Reaktoren zu erreichen, bereits eine Schrittmacherrolle. Insofern bedürfe es keines neuen Auftrages an die Bundesregierung.

Mehrheitsentscheidung

C. Alternativen

Annahme des geänderten Antrages der Fraktion der SPD im Ausschuß (s. Bericht).

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag — Drucksache 12/4783 — abzulehnen,
2. folgende Entschlieung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag wendet sich entschieden gegen den Beschluß des ukrainischen Parlaments, die Tschernobyl-Reaktoren nicht wie 1991 beschlossen, spätestens Ende 1993 außer Betrieb zu nehmen. Dies widerspricht deutschen und internationalen Sicherheitsbedenken.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihrem Bemühen, gemeinsam mit den westlichen Partnern weiterhin auf die Regierungen Rußlands, der Ukraine und Litauens einzuwirken, daß alle RBMK-Reaktoren zum frühestmöglichen Zeitpunkt abgeschaltet werden.

Der Deutsche Bundestag teilt die Meinung der Bundesregierung, daß auch durch multilaterale Hilfen keine Mittel für eine auf Dauerbetrieb ausgelegte Nachrüstung der RBMK-Reaktoren zur Verfügung gestellt werden dürfen. Auch die von anderen Staaten für Osteuropa und die GUS vorgesehenen und zur Verfügung stehenden Mittel zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken sollen nur projekt- und zweckgebunden vergeben werden. Die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel muß verläßlich kontrolliert werden, um zu verhindern, daß mit diesen Mitteln der Dauerbetrieb von RBMK-Reaktoren erreicht wird.

Der Deutsche Bundestag setzt sich erneut für die energiepolitische Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas ein, um die einseitige Abhängigkeit von der Kernenergie abzubauen.

Bonn, den 1. Dezember 1993

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Dr. Wolfgang von Geldern
Vorsitzender

Dr. Harald Kahl
Berichterstatter

Dr. Klaus Kbler

Gerhart Rudolf Baum

Bericht der Abgeordneten Dr. Harald Kahl, Dr. Klaus Kübler und Gerhart Rudolf Baum

Der Antrag auf Drucksache 12/4783 wurde auf der 176. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. September 1993 zur alleinigen Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Ausschuß hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 27. Oktober 1993 sowie in seiner 65. Sitzung am 1. Dezember 1993 beraten.

Im Ausschuß herrschte Einvernehmen, daß der Weiterbetrieb von RBMK-Reaktoren deutschen und internationalen Sicherheitsbedenken widerspricht.

Von seiten der Koalitionsfraktionen wurde darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung eine Schrittmacherrolle im internationalen Bereich zur Stillegung der RBMK-Reaktoren spiele. Von daher sei eine erneute Aufforderung an die Bundesregierung, hier tätig zu werden, überflüssig. Man teile auch nicht die im Antrag der Fraktion der SPD getroffenen Feststellungen. Vielmehr unterstütze man die Auffassung der Bundesregierung, daß durch multilaterale Hilfen keine Mittel für eine auf Dauerbetrieb ausgelegte Nachrüstung der RBMK-Reaktoren zur Verfügung gestellt werden dürften. Auch die von anderen Staaten für Osteuropa und die GUS vorgesehenen und zur Verfügung stehenden Mittel zur Verbesserung der Sicherheit in Kernkraftwerken sollten nur projekt- und zweckgebunden vergeben werden. Die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel müsse verläßlich kontrolliert werden, um zu verhindern, daß mit diesen Mitteln der Dauerbetrieb von RBMK-Reaktoren erreicht werde. Man befürworte erneut die energiepolitische Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas, um eine einseitige Abhängigkeit von der Kernenergie abzubauen.

Dies bringe man auch in der vorgelegten Entschlie-ßung zum Ausdruck.

Vom Vertreter der antragstellenden Fraktion wurde ausgeführt, gerade der in der Zwischenzeit vom

Parlament und von der Regierung der Ukraine beschlossene Weiterbetrieb des Kernkraftwerks bei Tschernobyl belege die Aktualität des Antrags. Die ukrainische Regierung habe sich wohl nicht stark unter Druck der westlichen Regierungen in dieser Sache gefühlt und geglaubt, ohne Reaktion von anderer Seite einen solchen Beschluß durchsetzen zu können. Man bedaure, daß der Wunsch nach einem einvernehmlichen Votum sich nicht habe erfüllen lassen, bitte aber wegen der inzwischen eingetretenen Ereignisse darum, den eigenen Antrag in folgender Fassung zur Abstimmung zu stellen:

I. *gleichlautend mit I. Drucksache 12/4783.*

II. *(neu)*

Der Deutsche Bundestag wendet sich entschieden gegen den Beschluß des ukrainischen Parlaments, die Tschernobyl-Reaktoren wieder in Betrieb zu nehmen und das Moratorium für noch nicht fertiggestellte KKW-Blöcke aufzuheben.

III. 1. *(neu)*

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich unverzüglich in Verhandlungen mit Rußland, der Ukraine und Litauen intensiv für die schnellstmögliche Stillegung der RBMK-Reaktoren in diesen Ländern einzusetzen.

III. 2. *bis 9. gleichlautend mit II. 2. bis 9. Drucksache 12/4783.*

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Fraktion der SPD in seiner geänderten Form zu empfehlen.

Der Ausschuß beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Annahme der von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Entschlie-ßung zu empfehlen.

Bonn, den 6. Dezember 1993

Dr. Harald Kahl

Dr. Klaus Kübler

Gerhart Rudolf Baum

Berichterstatte